

Stellungnahme

Angesichts der stetig steigenden Anzahl Covid-19 -Infizierter in Lünen plädieren SPD und CDU für die Absage der nächsten Ratssitzung am 17. Dezember 2020 und auch für die Absage einer Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung als Ersatz.

Die Fürsorgepflicht gegenüber den Ratsfrauen, Ratsherren und den Verwaltungsmitarbeiter*Innen gebietet hier ein umsichtiges Handeln, das den Schutz der Gesundheit einer(s) jeden Einzelnen in den Vordergrund stellt. Demgegenüber sind bürokratische Vorgaben terminlich anzupassen, ebenso muss auch der weitere Ausbau der Schutzmaßnahmen in den Sitzungsräumen vorgenommen werden, so dass für den Januar 2021 eine Sitzung erwogen werden kann, wenn die Umstände der Pandemie es zulassen.

Die Bundesregierung und die Landesregierungen haben nicht nur in den harten Lockdown-Bestimmungen und eindringlichen Appellen auf die Notwendigkeit der extremen Kontaktbeschränkungen und die Verantwortung aller Bürger und Bürgerinnen hingewiesen, auch der Bürgermeister der Stadt Lünen hat in den Ruhr-Nachrichten mit den Worten „jetzt müssen alle mitziehen“ um Solidarität geworben.

Die SPD-Fraktion und CDU-Fraktion gehen hier mit gutem Beispiel voran und zeigen sich mit der Lünener Bevölkerung solidarisch, auch und gerade auch wenn es schwierig wird. Daher sollten zur Zeit keine politischen Präsenzveranstaltungen in Lünen durchgeführt werden. Die Ratssitzung ist abzusagen!

Gez. Rüdiger Billeb

Christoph Tölle